

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen**Bremen muss seine Rolle im Klimaschutz wahrnehmen**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Bisher konnten die im Landesenergieprogramm gesteckten Ziele zur Reduzierung der Emissionen von CO₂, die maßgeblich für die Erderwärmung durch den so genannten Treibhauseffekt verantwortlich sind, nicht erreicht werden. Weitere Anstrengungen zur Energieeinsparung sind erforderlich. Auch die öffentliche Hand muss ihren Beitrag leisten. Der Bereich der öffentlichen Liegenschaften im Lande Bremen ist bisher nur unzureichend in die Anstrengungen zur Energieeinsparung einbezogen.

Energiesparmaßnahmen in öffentlichen Gebäuden bewirken nicht nur eine Entlastung der Umwelt, sondern lohnen sich auch finanziell. Gerade angesichts steigender Energiekosten ist Energiesparen ein wesentlicher Beitrag zur Haushaltsentlastung.

Die Bürgerschaft (Landtag) hält es vor diesem Hintergrund für notwendig,

- die bauliche Sanierung bei öffentlichen Gebäuden immer auch mit einer Verbesserung der Energiebilanz der Gebäude zu verbinden;
- Anreizsysteme im Liegenschaftswesen (etwa analog zum 3/4-Projekt an Bremer Schulen) zu verankern, um das Energieinteresse der Eigentümer, Verwalter und Nutzer der Gebäude an Energiesparmaßnahmen zu stärken;
- Wärmeschutzmaßnahmen im privaten Wohnungsbau weiter zu fördern.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, bis zum Dezember 2001 Konkretisierungen vorzulegen, in denen dargelegt wird,

1. wie die Ziele des Bremischen Energiegesetzes und die vereinbarte CO₂-Reduzierung zu erreichen sind;
2. wie Energiemaßnahmen in der Industrie erschlossen werden können;
3. wo und wie im kommunalen Energiemanagement des Liegenschaftswesens
 - Potenziale zur Einsparung von Energie, zur Minderung von CO₂-Emissionen und zu Senkung der Energiekosten im öffentlichen Gebäudebestand vorhanden sind, wie diese unter Beachtung von wirtschaftlichen Gesichtspunkten erschlossen werden können und welche Möglichkeiten zur Nutzung regenerativer Energiequellen gesehen werden,
 - Möglichkeiten zur Finanzierung investiver Maßnahmen zur Energieeinsparung gesehen werden,
 - im künftigen Liegenschaftswesen unter den Bedingungen eines Vermieter-Mieter-Modells sichergestellt wird, dass die Sanierung von Gebäuden mit Maßnahmen zur energetischen Optimierung verbunden werden, und der Ertrag von energiesparenden Investitionen dem Investor zufließt,

- ein Anreizsystem zur Energieeinsparung in der laufenden Bewirtschaftung der Gebäude eingeführt werden soll, in welcherweise in diesem Zusammenhang das 3/4-Projekt an Bremer Schulen fortgesetzt werden soll und ob eine Ausdehnung des Projektes auf andere Bereiche des öffentlichen Liegenschaftswesens geplant ist.

Dr. Schuster, Böhrnsen und Fraktion der SPD

Viola Mull, Eckhoff und Fraktion der CDU

Dr. Karin Mathes,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen